

# Calmer Calverblatt

Nr. 199.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Ercheinungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile Mk. 3.50  
Wochen Mk. 10.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Montag, den 28. August 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 84.— vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 84.— mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr mittags.

## Neueste Nachrichten.

Wie die Agence Havas mitteilt, ist vor Mittwoch keine Entscheidung in bezug auf das Stundungsgesuch Deutschlands zu erwarten. Es seien, — was jedermann weiß — innerhalb der Reparationskommission, der die Vollmacht von den Entente-Staatsmännern übertragen worden ist, Meinungsverschiedenheiten darüber vorhanden, ob das Moratorium überhaupt gewährt werden solle. Die einen — gemeint ist Frankreich — seien gegen ein Moratorium ohne produktive Pfänder, d. h. ohne Beschlagnahme von staatlichen Forsten und Bergwerken, die anderen hielten ein Moratorium für notwendig. Es wird auch nochmals betont, daß das deutsche Stundungsgesuch sich nur auf die Barzahlungen, nicht auf die Sachlieferungen beziehe. Weiter meldet Havas, daß die Delegierten die größten Anstrengungen machen, um eine einheitliche Entscheidung zustande zu bringen. Die deutsche Regierung ist ersucht worden, Sachverständige und Bevollmächtigte nach Paris zu schicken, damit sie nochmals ihren Standpunkt vertreten kann, mit welchen Erfolgen, wird die Entscheidung zeigen.

Die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Italien sind abgeschlossen worden, die österreichischen Staatsmänner sind nach Wien zurückgekehrt. Es scheint, daß Italien sich bereit erklärt hat, Oesterreich wirtschaftlich und finanziell zu unterstützen und beim Völkerbund in dieser Richtung zu wirken.

Die Leipziger Messe ist gestern eröffnet worden. Die Geschäftsabschlüsse namentlich mit den russischen Staaten scheinen gut zu sein.

Unter großem Andrang wurde gestern der deutsche Katholikentag eröffnet. Dem Papst, der ein Glückwunschschreiben gesandt hatte, wurde ein Huldigungstelegramm geschickt.

## Zur Reparationsfrage.

\* Am Sonntag ist die Reparationskommission zusammengetreten, um auf Grund der von dem englischen und französischen Vertreter in Berlin erhaltenen Auffassungen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands darüber zu entscheiden, ob, auf wie lange und unter welchen Bedingungen Deutschland das nachgesuchte Moratorium gewährt werden soll. Nach den im Augenblick der Abfassung dieses Artikels vorliegenden Meldungen aus Berlin sind zwischen den beiden Mitgliedern der Reparationskommission und der deutschen Regierung vorläufige Vereinbarungen getroffen worden, die jetzt zur endgültigen Entscheidung der Reparationskommission vorgelegt werden. Ueber den Charakter der Vereinbarungen wird Stillschweigen beobachtet, doch verlautet, daß ihnen ein Vorschlag der deutschen Regierung zugrundeliegt, wonach die von der Entente als Pfand für eine Stundung der Zahlungen geforderten Sicherungen in Form von Ansprüchen auf Holz und Kohle geleistet werden sollen. Diese Pfänder sollen jedoch nicht, wie Frankreich es wünschte, durch Beschlagnahme staatlicher Forsten und Bergwerke festgelegt werden, sondern durch Verträge der Reichsregierung mit privaten Holz- und Kohlenlieferanten bzw. -Produzenten. Dadurch würden die staatlichen Hoheitsrechte Deutschlands geschützt werden, weil die Verträge auf diese Weise ihres öffentlich-rechtlichen Charakters entkleidet und privatrechtlichen Charakter annehmen würden. Natürlich müßte die deutsche Regierung die Lieferungen garantieren. Es wird sich nun fragen, welche Stellung die gesamte Reparationskommission zu den Vereinbarungen einnehmen wird. Wie von englischer Seite gemeldet wurde, sollen die Verhandlungen in Berlin glatt verlaufen, und der gute Wille Deutschlands vollkommen gewährleistet worden sein. Ob sich diese Auffassung lediglich auf den englischen Vertreter bezieht, oder ob auch der französische Vertreter einen solchen Eindruck gewonnen hat, wird sich ja bald zeigen müssen. Man darf zwar annehmen, daß es sich diesmal um ein gemeinsames Vorgehen der beiden Alliierten gehandelt hat, damit ist aber immer noch nicht gesagt, ob die Franzosen im letzten Augenblick nicht doch noch Schwierigkeiten machen. Zu beachten ist bei den Verhandlungen innerhalb der Reparationskommission, daß Frankreich, das den Vorstoß führt, auch die entscheidende Stimme beansprucht, wodurch es angesichts der völligen Unterordnung Belgiens unter seine Führung stets die Vorschläge der anderen Alliierten abzulehnen in der Lage ist. Bekanntlich beherrscht zur Zeit die Expansions- und Vernichtungspolitik Poincaré's die öffentliche Meinung Frankreichs. Nach bisher unwidersprochenen Meldungen aus Frankreich hat Poincaré schon vor einem halben Jahre erklärt, daß ihm gar nichts daran liege, daß Deutschland bezahle, deutscher Besitz im Rheinland, im Saar- und Ruhrgebiet sei ihm lieber. Diese Politik der völligen Abtrennung des Rheinlands von Deutschland hat Poincaré nach dem Versailler Diktat bis auf den heutigen Tag durch unterirdische Wühlarbeit im Rheinland, im Saargebiet, in D a h e r n, oder durch brutales Bestehen auf

unerfüllbaren Forderungen aus den erzwungenen Verpflichtungen planmäßig verfolgt, und das muß immer und immer wieder betont werden, die anderen Alliierten, mit Einschluß Amerikas, haben ihn, abgesehen von pharisäischen Gesten, nicht daran gehindert. So ist es gekommen, daß Deutschland heute infolge der fortgesetzten Drohungen und Zwangsmassnahmen Frankreichs bei einer Wirtschaftskatastrophe angelangt ist, deren wirtschaftliche und politische Folgen im Innern wie nach außen hin nicht abzusehen sind. Man darf die deutsche Wirtschaftskatastrophe nicht mit der Entwicklung in Rußland oder Oesterreich vergleichen. Das russische Volk ist infolge seiner jahrhundertelangen Unterdrückung und der absichtlichen Niederhaltung seiner geistigen Entwicklung fatalistisch, Oesterreich ist zu klein, um sich gegen die planmäßige Erdrosselung zu wehren, aber wenn das deutsche Volk zur Verzweiflung getrieben würde, das könnte andere Wirkungen haben, als die Herren in Paris und anderwärts sie sich vielleicht ausgedacht haben.

Ueberlegungen solcher Art dürften auch die noch nüchternen Teilnehmer der Entente, d. h. der Gesellschaft für Länderraub und Auspressung der Weltwirtschaft für ihre Zwecke angestellt haben, und deshalb ist vielleicht doch damit zu rechnen, daß die Franzosen nicht alle ihre Forderungen durchsetzen werden. Die deutsche Reichsregierung hat diesmal kategorisch Nein gesagt; sie kann behaupten, daß sie die zugesagte Erfüllungspolitik selbst gegen die Auffassung eines großen Teils des Volkes und unter Gefährdung der persönlichen Sicherheit der Staatsmänner ehrlich durchgeführt hat bis zur Grenze des Möglichen. Da sind wir nun angekommen, und da mußten die deutschen Staatsmänner Halt machen. Herr Poincaré behauptet zwar, der Marktzug sei ein Machwerk der kapitalistischen Kräfte Deutschlands, aber die deutsche Regierung hat ihm die richtige Antwort darauf gegeben, indem sie darauf hinwies, daß an dem Marktzug nur die französische Industrie Interesse habe, und Milliarden Gewinne infolge der Lieferungen der billigen deutschen Kohle. Man darf gespannt sein, was Herr Poincaré auf die deutsche Antwort sagen wird, die auch die Verleumdungen unseres Heeres gehörend zurückweist, und die vor allem betont, daß Frankreich mit seinen stetigen Drohungen den Wiederaufbau Mitteleuropas hintertreibe.

Bei Beurteilung der Entscheidungen in Paris ist aber nicht nur die deutsche Reparationsfrage maßgebend, da werden, was immer wieder zu beachten ist, noch eine Reihe anderer Momente mitwirken. Oesterreich ist nun auch soweit gekommen, daß die Lieferungskünfte der Entente nicht mehr verfangen. Es handelt sich jetzt anscheinend darum, daß ein Kompromiß zwischen Italien und der Kleinen Entente gefunden wird, auf Grund dessen Oesterreich noch weiter vegetieren kann, ohne Anschluss an Deutschland, den man anscheinend unter keinen Umständen gestatten will. Auch die Orientfrage und die russische Frage sind wieder akut. Die Türkei will die griechischen Forderungen nicht annehmen. Sie hat eine starke Stütze bei den orientalischen Staaten bis zur indischen Grenze hin. Sie hat Verbindungen mit Sowjetrußland und dieser gesamte gewaltige Völkerkomplex wehrt sich mit allen Mitteln gegen die Unterjochung und Ausbeutung durch die Entente. Deshalb sind auch in letzter Zeit die militärischen Abmachungen der Kleinen Entente (Rumänien, Südslavien, Tschechoslowakei, Polen) unter Mitwirkung der Großen Entente vertieft worden, weil man sich gegen alle Eventualitäten von Osten her sichern will. Die äußere Lage ist also so düster wie möglich, und man sollte meinen, die Alliierten dürften letzten Endes doch keine zu große Lust spüren, Deutschland auch noch zu einem verzweifeltsten Schritt zu treiben. O. S.

## Zum Abschluß der Berliner Verhandlungen.

Berlin, 26. Aug. Wie die „B. Z.“ meldet, empfing Reichspräsident Ebert heute vormittag den Reichsfinanzminister Dr. Herms, der ihm über den Stand der Verhandlungen mit der Reparationskommission Bericht erstattete. Um 10 1/2 Uhr begann an diesen Vortrag beim Reichspräsidenten eine Kabinettsitzung, in der die weiteren Beschlüsse bezüglich der gestern eingeleiteten vorläufigen Vereinbarungen gefaßt werden sollen.

London, 26. Aug. Der Berliner Berichterstatter der „Times“ schreibt, soweit er die Lage beurteilen könne, seien die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und den Delegierten der Reparationskommission glatt verlaufen. Die Aufrichtigkeit und der gute Wille Deutschlands seien vollkommen gewürdigt worden.

## Die Tagung der Reparationskommission.

Paris, 26. Aug. Agence Havas. Die Reparationskommission hielt heute abend von 5—7 Uhr eine Sitzung ab. Sir John Bradbury berichtete über die Verhandlungen in Berlin. Maucere gab auf Verlangen einige nähere Einzelheiten an. Die Kommission trennte sich nach Anhörung der Berichte ohne weitere Aussprache, um nun die von Deutschland gemachten Vorschläge zu prüfen. Die Kommission

wird dann unverzüglich an das eigentliche Problem herantreten müssen, nämlich ob es angebracht ist, das von Deutschland verlangte Moratorium zu gewähren oder abzulehnen. In einem wie im anderen Falle wird die Lösung sehr einfach sein. Es ist aber wenig wahrscheinlich, daß die Arbeiten der Kommission vor Ablauf eines Tages beendet werden. Einige Zeitungen sprechen von einem Moratorium für die von Deutschland geschuldeten Sachlieferungen. Dies beruht auf einer Verwechslung mit den von der französischen Regierung geforderten Pfändern der Gruben und Bergwerke. Diese Pfänder beziehen sich jedoch auf das für die Barzahlungen beantragte Moratorium. Deutschland hat keinen Antrag auf ein Moratorium für Sachlieferungen gestellt. Von einem bezüglichen Moratorium ist bisher auch nicht die Rede gewesen.

Paris, 27. Aug. Wie der „Temps“ meldet, finden am Montag, Dienstag und Mittwoch weitere offiziöse Besprechungen der Reparationskommission statt, um zu einem Uebereinkommen zu gelangen. Der heutigen Besprechung der Reparationskommission hat auch ein amerikanischer Vertreter offiziös beigewohnt.

Paris, 27. Aug. Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Note: Die Reparationskommission war heute Mittag von 11 bis 1 Uhr versammelt. Die Kommission ist der Ansicht, daß es ihr nicht möglich sein wird, vor Mittwoch, den 30. August, eine Entscheidung über das von der deutschen Regierung am 12. Juli geforderte Moratorium zu stellen. Sie hat der deutschen Regierung zur Kenntnis gebracht, daß, wenn diese von der Möglichkeit, gehört zu werden, die ihr nach Artikel 284 des Friedensvertrags zusteht, Gebrauch zu machen wünscht, die Kommission geneigt ist, die bevollmächtigten Vertreter am Mittwoch zu hören.

## Die üblichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Reparationskommission.

Paris, 27. Aug. Wie der „Temps“ mitteilt, ist die deutsche Regierung von der Entscheidung der Reparationskommission sofort telegraphisch in Kenntnis gesetzt worden. Ebenso ist der Kriegslastenkommission in Paris Mitteilung gemacht worden.

Wie der „Temps“ meldet, haben in der heutigen Sitzung der Reparationskommission, die offiziösen Charakter hatte, die einzelnen Delegierten ihre Ansichten über das deutsche Moratoriumsverlangen auseinandergesetzt. Die einen erklärten, sie seien gegen ein Moratorium, wenn nicht durch Deutschland produktive Pfänder gegeben würden. Zwei Ansichten seien bei allen Mitgliedern zum Durchbruch gekommen; einmal, daß die gegenwärtige Unsicherheit ohne schwere Folgen nicht länger dauern könne und daß die Entscheidung der Kommission möglichst früh, wenn möglich am Mittwoch, erfolgen müsse, außerdem, daß durch die Delegierten Versöhnungsversuche gemacht werden müßten, um eine einstimmige Entscheidung herbeizuführen.

## Die ewig „Vermittelnden“ Engländer.

London, 27. Aug. „Sunday Times“ meldet aus Paris, Bradbury habe in einem Interview erklärt, er sei davon überzeugt, daß die deutsche Regierung erste Anstrengungen mache, dem französischen Standpunkt entgegenzukommen. Er sei der festen Meinung, daß die französische Regierung ihr Möglichstes tun solle, um der deutschen Regierung auf halbem Wege entgegenzukommen.

## Deutsche Vertreter für die Pariser Verhandlungen.

Berlin, 28. Aug. Heute früh um 10 Uhr findet, wie die „Montagspost“ berichtet, eine Chefbesprechung der Reichsregierung unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers statt, in der über die Mitteilung der Reparationskommission beraten und wegen der Entsendung der Delegierten und der ihnen mitzugebenden Instruktionen Beschlüsse gefaßt wird. Unter den Delegierten wird sich voraussichtlich, dem Blatt zufolge, Staatssekretär a. D. Bergmann befinden.

## Teilweise Aufhebung der französischen Expansionsmaßnahmen gegen Deutsche in Elsaß-Lothringen.

Berlin, 26. Aug. Die Zeitungsmeldungen über die teilweise Aufhebung der französischen Retorsionsmaßnahmen werden durch eine der deutschen Regierung zugegangene amtliche Mitteilung der hiesigen französischen Botschaft nunmehr bestätigt. Danach werden einstweilen Massenausweisungen von deutschen Einwohnern aus Elsaß-Lothringen nicht mehr erfolgen. Die Sequestrierung der Güter der Vertriebenen ist aufgehoben. Auch die deutschen Guthaben sind wieder freigegeben. Die Aufhebung der weiteren Retorsionsmaßnahmen wird für den Fall der Zahlung der restlichen Ausgleichsräte in Aussicht gestellt. Gleichzeitig schlägt die französische Regierung vor, in Verhandlungen über den Abschluß eines der Reparationskommission zu unterbreitenden deutsch-französischen Abkommens über die endgültige Regelung der Ausgleichszahlungen einzutreten. Die Bereitwilligkeit hierzu ist der französischen Botschaft erklärt worden.

## Vorsichtige Zurückhaltung Polens in der Reparationsfrage.

Warschau, 23. Aug. Es ist beachtenswert, daß selbst die rechtsstehende Presse das Vorgehen Frankreichs in der Reparationsfrage objektiv beurteilt, während bei ähnlichen Vorgängen bisher die schärfsten Angriffe gegen Deutschland üblich waren, die bisweilen in die mittleren Zeitungsgruppen hineinreichten. Die Ursache dieser vorsichtigen Haltung ist die starke Befürchtung, daß der man in wirtschaftlichen und selbst in politischen Kreisen keinen Hehl macht. Es hat sich gezeigt, daß die polnische Mark, wenn auch langsamer und abgeschwächt, die rückläufige Bewegung der deutschen Mark mitmacht, und daß die rapide Preissteigerung in Deutschland auch Polen erfasst. Auch fürchtet man bei einem Bruch Frankreichs mit England, daß Polen in die französische Isolierung hineingezogen werde, was um so unangenehmer wäre, als England in manchen Fragen, so in der Frage der ostgalizischen Autonomie, noch ein entscheidendes Wort mitzureden hat. Außerdem ist man beunruhigt darüber, daß bei einem aktiven Vorgehen Frankreichs der Bündnisfall für Polen eintreten könnte. Polen aber, das noch vom Krieg mit Russland her schwer finanziell zu leiden hat, kann sich ohne katastrophale Folgen für seine Finanzen neue militärische Abenteuer nicht gestatten. Aus allen diesen Gründen bewahrt die polnische Presse in der gegenwärtigen Lage eine auffallende Zurückhaltung und selbst die chauvinistische Presse begnügt sich damit, die französischen Ansprüche gerecht zu nennen.

## Der englische Volkswirtschaftler Keynes über Deutschlands Reparationsproblem.

Hamburg, 26. Aug. In der heutigen Sitzung des Weltwirtschaftskongresses der Ueberseewoche hielt Professor Keynes eine mit großer Spannung erwartete Rede über Deutschlands Reparationsproblem. Die beiden Ideen einer großen internationalen Anleihe und der Zahlung durch Sachleistungen, hätten, so führt er aus, nur in der Vergangenheit politischen Wert gehabt. Denn es bedeute eine gründliche Verkennung des internationalen Finanzwesens, an die Möglichkeit einer internationalen Anleihe von nicht weniger als 4 Milliarden Goldmark zu glauben. Eine solche Anleihe würde unter keinerlei annehmbaren Bedingungen untergebracht werden können. Es gebe nur eine Art internationaler Anleihe, die bei der Regelung der Reparationen von Bedeutung sein könnte, nämlich eine deutsche Anleihe, die in den Händen seiner Gläubiger ausgebracht würde. Eine deutsche, in Frankreich gezeichnete Anleihe würde, wenn der Ertrag der Anleihe Frankreich zufiele, ein praktisch wirksames Mittel sein, um die französischen Finanzen nachdrücklich zu bessern. Unpraktisch und unwirtschaftlich sei auch der Versuch, Barzahlungen durch Sachleistungen einschließlich Kohlenlieferungen zu ersetzen. Deutschland würde besser in der Lage sein, zu zahlen, wenn man ihm die Wahl der Zahlungsmethode selbst überlasse. Jeder Versuch, bestimmte Arten der Zahlung vorzuschreiben, würde die Fähigkeit Deutschlands zu weiteren Zahlungen herabmindern. Ein Moratorium sei unvermeidlich. Es sei indessen schwer zu sagen, auf wie lange es gewährt werden müsse und in welchem Maße Deutschland nach seiner Beendigung mit Zahlungen beginnen könne. Er glaube, daß in der ersten Periode sehr dehnbare Bedingungen vorgesehen werden müßten. Im weiteren Verlaufe denke er sich die Lösung folgendermaßen: Gesetzt, die Gesamtschuld Deutschlands, abgesehen von den schon bewirkten Zahlungen würde auf 40 Milliarden Goldmark festgesetzt, und gesetzt, dieser Betrag wäre 1930 fällig, so würde jeder Betrag, der teuer bezahlt würde, von der zu diesem Zeitpunkt geschuldeten Summe abgezogen, zuzüglich 6 Prozent Zinseszinsen vom Zeitpunkt einer jeden Zahlung bis zum fälligen Termin 1930. Von 1924 ab würde die Zinsrate sich auf mindestens eine Milliarde Goldmark zu belaufen haben. Die 1930 noch geschuldete Summe wäre alsdann durch eine Reihe mehr und mehr abnehmender Zahlungen auf 15 Jahre zu verteilen. Falls eine solche Regelung mit der Streichung von Sachleistungen, der Auflösung der Reparationskommission und vor allem mit der Beendigung der Besetzung der Rheinlande zusammenträfe, würde Deutschland ein Finanzproblem gegeben sein, dessen Lösung seine Sachverständigen gewachsen sein würden und dessen Befürwortung seine Politiker nicht zu scheuen brauchten. Er glaube, daß die Zeit jetzt gekommen sei, in der die Praktiker in Deutschland sich ernstlich dem Entwurf eines solchen Planes widmen könnten, der davon ausgehe, was in Wirklichkeit ausführbar sei, und nicht mehr von der Abficht, eine mißleitete öffentliche Meinung in Frankreich oder anderwärts zu beschwichtigen. In Bezug auf Deutschlands nächste Zukunft sagte Keynes, er sei durchaus nicht Optimist; aber wenn erst eine Verständigung mit den Alliierten gefunden sei, sehe er kein ernstes Hindernis für eine Stabilisierung der Mark, obgleich er es für leichtsinnig halte, eine erhebliche Besserung über den Stand hinaus zu versuchen, den die Mark im Zeitpunkt der Durchführung dieser Verständigung habe.

## Schamlose Heuchelei des französischen Präsidenten.

Paris, 25. Aug. Havas meldet aus Rambouillet: Heute empfing Präsident Millerand eine Abordnung amerikanischer Damen einer Vereinigung, die Unterstützungsgelder für die zerstörten Gebiete Frankreichs sammelt. Nach einer Begrüßungsrede der Delegation erwiderte Präsident Millerand u. a.: er hoffe, die Damen würden die amerikanische Bevölkerung über die wahren Absichten Frankreichs aufklären. Wenn es nicht kindlich wäre, so würde es komisch sein, ein Land des Militarismus zu beglückwünschen, das in solchem Maße seine militärischen Ausgaben seit dem Kriege eingeschränkt habe. Frankreich könne es aber nicht verzeihen, daß vor sechs Jahren ein schwerer Sturm über die Welt gegangen sei. Wenn unsere Armeen nicht imstande gewesen wäre, den Sturm aufzuhalten, um den anderen Nationen Zeit zu lassen, sich vorzubereiten, so wären die Pläne der Hohenzollern von Erfolg gekrönt gewesen. Sie haben mit eigenen Augen die Wiederaufbauarbeiten gesehen, die auf unsere Kosten ausgeführt worden sind. Wir verlangen nur Gerechtigkeit. Sagen Sie der Welt, daß die Franzosen den Frieden der Gerechtigkeit und

Sicherheit suchen, für dessen Herbeiführung die Amerikaner und Franzosen gemeinsam ihr Blut vergossen haben. — Die Rede ist ein offensichtlicher Ausfluß der Befürchtung der französischen Regierung, daß ihre Gewaltpolitik den wahren Charakter der französischen Ziele enthüllen könnte.

## Zur auswärtigen Lage.

### Die österreichisch-italienischen Verhandlungen.

Verona, 26. Aug. Stefani, Außenminister Schanzer machte gestern den Vertretern der Presse Mitteilungen über seine Besprechung mit dem österreichischen Bundeskanzler. Darauf legte dieser den Journalisten die politische, der österreichische Finanzminister die finanzielle Lage Oesterreichs dar. Schanzer wird morgen früh nach Bozen abreisen, wo er den Marquis Imperiali den italienischen Vertreter im Völkerbundsrat empfangen wird.

### Die italienische Presse zur österreichischen Frage.

Rom, 26. Aug. In einem Artikel über die Zusammenkunft in Verona sagt die Epoca, die Uebereinkunft zwischen Italien und Oesterreich werde als eine wirtschaftliche und finanzielle, nicht politische, Oesterreich ein neues Aufblühen ermöglichen. Niemand könne Italien das Recht zu einer wirtschaftlichen Vereinigung mit Oesterreich absprechen, da Italien allein Oesterreich die unerläßlichen Existenzmittel geben und gleichzeitig die Achtung vor dem Vertrag von Saint Germain gewährleisten könne, während eine Verbindung Oesterreichs mit der Tschechoslowakei oder mit Jugoslawien oder mit Bayern politische Ziele haben würde, die der durch den Friedensvertrag geschaffenen Lage vollständig widersprechen würden. — Nach der Tribuna kann Italien sich Oesterreich gegenüber nicht desinteressiert verhalten, da die territoriale Unversehrtheit und die nationale Freiheit Oesterreichs für Italien ebenso notwendig sei, wie für Oesterreich selbst. Italien könne nicht gleichgültig bleiben in einem Augenblick, in dem die anderen Länder die finanzielle Schwäche Oesterreichs und die durch seinen wirtschaftlichen Zusammenbruch verursachten Unruhen dazu benutzen wollten, sich mit politischen Zielen in die Angelegenheiten Oesterreichs einzumischen. Die Zeitung bespricht sodann die österreichischen Forderungen. Zu der ersten, die Italiens Hilfe für Oesterreich im Völkerbund betrifft, sagt das Blatt, Italien könne sich in einem günstigen Sinne verpflichten, indem es seine uneingeschränkte Hilfe in der Genfer Diskussion einzusetzen verspreche. Zu der zweiten Forderung, die aus der Barzahlung von 70 Millionen Lire besteht, sagt das Blatt, die Zahlung sei bereits vom Parlament bewilligt und werde in kürzester Zeit vor sich gehen. Zur dritten und wichtigsten Forderung nach einer Zoll- und Währungseinheit mit Italien versichert die Tribuna, Schanzer habe die Ausführungen Seipels aufmerksam angehört und erklärt, Seipels Vorschläge erforderten eine eingehende Prüfung. Italien könne keine Verpflichtungen übernehmen, bevor es die Frage nicht im Völkerbund zur Sprache gebracht habe.

### Die Entente und der Orient.

Paris, 24. Aug. Die Antwort Frankreichs auf die englische Note in der Orientfrage ist heute abgegangen. Havas glaubt zu wissen, daß die französische Regierung den englischen Vorschlägen in ihrer Gesamtheit beipflichtet und es der englischen Regierung überläßt, das Datum für die Konferenz festzusetzen, die zweifelsohne in Venedig stattfinden wird.

### Teilnahme Lloyd George's an der Tagung des Völkerbundsrats.

Berlin, 28. Aug. Nach einem Londoner Telegramm der „Montagspost“ verläutet dort in gut unterrichteten Kreisen, daß sich Lloyd George zu der am 30. August stattfindenden Tagung des Völkerbundsrats selbst nach Genf begeben werde. Nach der österreichischen Frage werde sich der Rat auch mit panamerikanischen (!) Fragen zu befassen haben. Mit Rücksicht auf diese Aufgabe werde als Vorsitzender für die Tagung ein Chile in Vorschlag gebracht.

## Ausland.

### Französische Angst um Poincaré.

Paris, 26. Aug. Pariser Blätter melden gestern, daß ein Deutscher, Angehöriger der Organisation Consul, namens Winter oder Gander nach Paris unterwegs sei, um ein Attentat auf Poincaré zu verüben. Wie sich jetzt herausstellt, haben die Pariser Blätter ein Gespenst gesehen. „Petit Journal“ hat nämlich festgestellt, daß es sich bei dem in Kiel verhafteten Gander um einen Eschäfer handelt, bei dem die Papiere vollständig in Ordnung waren.

Paris, 28. Aug. Ueber die gestern vorgenommene Verhaftung eines angeblichen Mitgliedes der deutschen Organisation „Konful“ ist noch keine Mitteilung seitens der Polizei erfolgt. Es werden Nachforschungen vorgenommen, um die Identität des Verhafteten festzustellen.

### Generalkrieg in Le Havre.

Paris, 25. Aug. Nach einer Havasmeldung aus Le Havre haben die Arbeiterverbände einen 24stündigen Sympathiestreik für die streikenden Metallarbeiter beschossen, der heute mittag beginnen soll. Zwischen den Streikenden und der Polizei kam es gestern in einer Glasfabrik zu einem Zusammenstoß, bei dem 3 Polizeibeamte verletzt wurden.

Le Havre, 26. Aug. Die Dockarbeiter haben einen neuen Arbeitsvertrag vorgelegt, der gegenüber dem am 5. September ablaufenden

## Der Kurs der Reichsmark.

Stand vom 28. August morgens 9 Uhr.

Dollar . . . . . 1550.00 Mark,  
Schweizer Franken . . . . . 300.00 Mark.

fenden große Lohnerhöhungen vorzieht. Die Arbeitgeber haben die Verlängerung des gegenwärtigen Vertrags um 6 Monate vorgeschlagen. Die Dockarbeiter haben sich ihre Antwort vorbehalten. — Es ereignete sich heute kein erster Zwischenfall. Das Personal der Straßenbahn, der Tabakfabriken und der Druckereien trat in einen 24stündigen Proteststreik.

Paris, 27. Aug. Nach einer Havas-Meldung aus Le Havre ist dort die Ruhe wieder hergestellt. Heute früh wurde das Casino Franklin, der Sitz der Streikleitung, das die Streikenden stark verbarrikadiert hatten, ohne Blutvergießen genommen, da es die Streikenden vorher verlassen hatten. In der Nacht wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen. Der Bahnhof wird militärisch bewacht. Angesichts der Bewegung, die nichts mehr mit dem Streik zu tun hat, sondern nur noch eine politische Agitation sei, hat der Präsekt energische Maßnahmen ergriffen. Jede Zusammenkunft von Streikenden und Demonstranten ist strengstens verboten. Havas zufolge ist niemals die Rede davon gewesen, den Besatzungszustand über die Stadt zu verhängen. Auch hätten die Truppen keinerlei Gebrauch von der Waffe gemacht, sondern nur die von der Menge angegriffene Polizei, die mit Steinen beworfen und mit Revolvern beschossen worden sei.

Le Havre, 27. Aug. Bei einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und der Polizei wurden durch Schüsse 3 Personen getötet und etwa 30 verwundet, darunter die Hälfte Polizisten.

Le Havre, 26. Aug. Die Arbeitgeber in der Metallindustrie haben sich damit einverstanden erklärt, daß in jeder Fabrik Verhandlungen zwischen der Direktion und den Arbeitnehmern stattfinden. Die Hafenarbeiter haben die Verlängerung des am 5. September ablaufenden Vertrags auf sechs Monate verweigert.

Paris, 27. Aug. Nach dem „Matin“ hat sich von 1/5 Uhr an in Le Havre eine richtige, zwei Stunden währende Schlächt mit Barrikaden und Gewehrfeuer abgepielt. Drei Zivilpersonen wurden getötet und 17 Gendarmen und 20 Zivilpersonen verletzt. 50 Verhaftungen wurden vorgenommen. Ueber die Stadt wurde der Besatzungszustand verhängt. Die Streikenden werfen Schützengräben auf, fällen Bäume und besetzen ihre Barrikaden.

### Die Konferenz für Internationales Recht.

Buenos Aires, 25. Aug. Die Konferenz für internationales Recht wurde durch eine Begrüßungsansprache des Ministers des Auswärtigen an die Vertreter der 40 teilnehmenden Länder eröffnet. Weitere Ansprachen hielten die Vertreter Englands, Frankreichs, Deutschlands und Spaniens. Im Laufe der Sitzung wurde ein Antrag angenommen, der auf die Organisation des Völkerbunds Bezug nimmt, daraufhin beabsichtigten die französischen Vertreter, sich zurückzuziehen, doch wurde der Zwischenfall schließlich beigelegt. Angenommen wurde ferner mit 31 gegen 22 Stimmen ein englischer Antrag, der einen dauernden internationalen Gerichtshof zur Aburteilung der Kriegsbefehlshalter vorzieht. Der spanische Delegierte stimmte dagegen mit der Begründung, daß es sich um eine politische Frage handle und daß er das Bestehen des Schiedsgerichts als ausreichend betrachte. — Man sieht schon aus diesen kurzen Betrachtungen, daß die Konferenz von der objektiven Behandlung internationaler Rechtsfragen weit entfernt ist.

### 50 Personen ertrunken.

London, 25. Aug. Reuter meldet aus Simla, daß durch das Kentern eines Fährbootes 50 Personen, darunter 18 Kinder ums Leben kamen. — Simla liegt in englisch Nordwestindien.

## Deutschland.

### Die politischen Parteien Oberschlesiens gegen die Autonomie.

Breslau, 26. Aug. Wie die „Schlesische Volkszeitung“ meldet, erlassen Zentrum, Sozialdemokratie, Demokratie, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei Oberschlesiens gemeinsam einen Aufruf, worin sie ihre Anhänger auffordern, bei der Abstimmung am 3. September für das Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen zu stimmen. — Das dürfte die beste Gewähr gegen die weiteren Zersplitterungsverläufe sein.

### Vorschläge für Heizmaterialbeschaffung in Preußen.

Berlin, 26. Aug. Um den verheirateten planmäßigen und nichtplanmäßigen Beamten und Volksschullehrern die Möglichkeit zu geben, sich Heizmaterial für den Winter zu beschaffen, hat der preussische Finanzminister der Deutschen Beamtengenossenschaftsbank 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

### Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte.

Hamburg, 26. Aug. Heute morgen ist auf der deutschen Werft ein neuer Frachtdampfer von 2000 Tonnen für die Hamburg-Amerika-Linie glücklich vom Stapel gelaufen. Das Schiff erhielt den Namen „Ambria“.

### Beginn der Leipziger Messe.

Leipzig, 28. Aug. Die Herbstmesse hat gestern ihren Anfang genommen. Der Verkehr setzte äußerst lebhaft ein. Die Gesamtzahl der geschäftlichen Besucher ist weiterhin gestiegen. Die Eisenbahn hatte etwa den gleichen Zustrom auf den Schienenwegen wie zur Frühjahrsmesse zu bewältigen. Vom Ausland ist besonders stark das östliche und südöstliche Europa, vor allem Rumänien und Polen, vertreten. Aber auch Uebersee-Kundschaft ist am Platze. Vielfach wurden große Abschlässe vorgenommen, insbesondere in Textilerzeugnissen. Einzelne Firmen der Textilbranche haben ihre Produktion bereits verkauft. Unwillen erregt bei vielen inländischen Käufern das Verlangen zahlreicher Aussteller nach Bezahlung der Waren in Gold.

## und die Frag

Berlin, 23. Aug. Altersgrenze für den Wehrdienst zufolge der Weisse ändern, 65. Lebensjahres stand verfehlt werden genannten Termin betrachten. fügen werden, der ausschließt, wenn der Dienstgeschäfte Die Reichsbeamten noch im Laufe werden. Der Organisations sein werden, da es nicht bringe, plann Fall ist; außerdem und damit die Ver schleunigt werden.

## Zahlungs

Berlin, 24. Aug. Leitern von Insof Bankfirmen und Baifseengagemen ihren Verpflichtung für die Böktern festgesetzt w

## Krisis in de

Berlin, 25. Aug. Angestellten, die Vertragsverhältni 1400 Angestellte vor, die Kündigung Die die Geschäftsbed des Geschäftsbetri die Gesellschaft sel

## Ein neuer de

Gersfeld, 25. Aug. mit einem mehr a Vorher war a Gruppe gestartet un glatt auf dem Gip tagenden Leistung Seglern. Zeitweil Hachtad-Darmstad Hannover am 350 mit über drei S flugzeug auf. Gersfeld (Röh Segelflugweilbewei Kleinste, mittlere C Nach ihm kommen den ersten Zeitr

## Berlin, 26. Au

gestern mittag in erhöhungen verlan werden konnte, de selt 2 Uhr ohne el

## Dortmund, 25

Vereinigte Mehlh Schacht einzudrin Der Betriebsführe ligte, schwebt in versuchen noch g Weitere Vergleute

## Eughafen, 25.

ist mit schwerem Brücke ist mit den In Helgoland da weise zertrümme

## Friedensv

Bon allen Ko Katholiken unter d Genfer Diktate gel Lande bewohnen, d ober doch star ver Malmedy, Westpre von Reichthal, nam Katholisch. Wie v Frieden geschädigt mus im Reiche. Visher wühte s samtbevölkerung a ohne indessen die g gehende Verluftstf „Kirchliche Handb Krose (Herder u. C Waterland und der nummehr die End Ost-Oberschlesiens Sie sind freilich Sie nur auf Grund

Jederzeit kann man das „Calwer Tagblatt“ bestellen!

smark.  
9 Uhr.  
00 Mark,  
00 Mark.

geber haben die  
onate vorgeschla-  
befahren. — Es  
sonal der Stra-  
in einen 24stün-

aus Le Havre  
rüh wurde das  
s die Streifen-  
genommen.  
In der Nacht  
Der Bahnhof  
lung, die nichts  
och eine politi-  
Maßnahmen er-  
und Demon-  
ist niemals die  
er die Stadt zu  
Gebrauch von  
ge angegriffene  
uern beschossen

wischen Streifen-  
onen getötet und

Metallindustrie  
der Fabrik Ver-  
nehmern statt-  
erung des am  
s Monate ver-

h von 1/5 Uhr  
hrende Schlacht  
Drei Zivilperso-  
n Zivilpersonen  
en. Ueber die  
Die Streifen-  
und befestigen

s Recht.

nationales Recht  
es des Auswär-  
öffnet. Weitere  
reichs, Deutsch-  
ein Antrag an  
s Bezug nimmt,  
h zurückzugehen,  
kommen wurde

trag, der einen  
nte der Kriegs-  
nte dagegen mit  
age handle und  
end betrachte. —  
ß die Konferenz  
naler Rechts-

daß durch das  
18 Kinder ums  
ien.

lefiens

leitung" meldet,  
e, Deutschnatio-  
meinsam einen  
ei der Abstim-  
erschlefiens bei  
währ gegen die

in Preußen.

annähigen und  
n die Möglich-  
beschaffen, hat  
amtangenen-  
gestellt.

andelsflotte.  
deutschen Werft  
die Hamburg-  
s Schiff erhielt

e.

n ihren Anfang  
ein. Die Ge-  
gestiegen. Die  
den Schienen-  
vom Ausland  
ropa, vor allem  
erjee-Kundschaft  
vorgenommen,  
rmen der Teg-  
t. Unwillen er-  
ngen zahlreicher

## Die Sozialdemokratie und die Frage der Altersgrenze für Reichsbeamte.

Berlin, 23. Aug. Das geplante Gesetz über die Einführung einer Altersgrenze für Reichsbeamte will dem Sozialdemokratischen Parlamentsdienst zufolge den § 60 des Reichsbeamtengesetzes von 1873 in der Weise ändern, daß Reichsbeamte mit dem auf die Vollendung des 65. Lebensjahres folgenden 1. April oder 1. Oktober in den Ruhestand versetzt werden. Für die richterlichen Reichsbeamten sollen die genannten Termine nach der Vollendung des 68. Lebensjahres in Betracht kommen. Hinter den § 60 soll ein neuer Paragraph eingefügt werden, der die Versetzung in den Ruhestand um ein Jahr hinauschiebt, wenn besondere Interessen des Reiches die Fortführung der Dienstgeschäfte durch einen bestimmten Reichsbeamten erfordern. Die Reichsbeamtenorganisationen sollen, wie wir schon mitteilten, noch im Laufe dieser Woche gutachtlich über den Entwurf geäußert werden. Der „Vorwärts" glaubt zu wissen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen im allgemeinen mit dem Gesetzentwurf einverstanden sein werden, da er dem Nachwuchs in der Beamtenenschaft mehr Aussicht bringe, planmäßige Stellen zu besetzen, als das augenblicklich der Fall ist; außerdem dürfte auch eine Versetzung des Beamtenkreises und damit die Demokratisierung der Verwaltung nicht unerheblich beschleunigt werden.

## Zahlungsschwierigkeiten Berliner Banken.

Berlin, 24. Aug. An der heutigen Börse wurden Schwierigkeiten von Insolvenzen einiger Berliner mittlerer und kleinerer Bankfirmen und Makler bekannt. Sie konnten infolge von Baiffengagements am Devisen- und ausländischen Rentenmarkt ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen. Eine Bedeutung für die Börse haben die Schwierigkeiten, wie in den Blättern festgestellt wird, nicht.

## Krisis in der Viktoriaversicherungsgesellschaft.

Berlin, 25. Aug. Die Viktoriaversicherungsgesellschaft hat allen Angestellten, die noch nicht 5 Jahre in ihren Diensten stehen, das Vertragsverhältnis zum 30. September gekündigt. Es werden etwa 1400 Angestellte davon betroffen. Die Gesellschaft behält sich jedoch vor, die Kündigungen in größerem Umfang rückgängig zu machen. Wie die Gesellschaft erklärt, ist sie zu einer einschneidenden Aenderung des Geschäftsbetriebs und der Arbeitsmethode unbedingt genötigt, um die Gesellschaft lebensfähig zu halten.

## Ein neuer deutscher Weltrekord auf motorlosem Flugzeug.

Gersfeld, 25. Aug. Der Röhren-Gegeflugs-Wettbewerb endigte heute mit einem mehr als dreistündigen Dauerflug von Henken-Hannover. Vorher war Volsch-Darmstadt bei sturmartigem Wind unterhalb der Kuppe gestartet und nach glänzendem Flug trotz ungewöhnlicher Wenden glatt auf dem Gipfel der Wasserpyramide gelandet. Zu weiteren hervorragenden Leistungen starteten Hannover in Darmstadt mit je zwei Seglern. Zeitweise kreuzten vier Segler hoch über der Wasserpyramide. Hadnael-Darmstadt erhöhte die Flughöhe um 330 Meter, Henken-Hannover um 350 Meter. Hadnael flog 1 1/2 Stunden; Henken stellte mit über drei Stunden einen neuen Weltrekord auf motorlosem Segelflugzeug auf.

Gersfeld (Röh), 27. Aug. Bei der Preisverteilung im Röhren-Gegeflugs-Wettbewerb erhielt Henken die drei ersten Preise für die kleinste, mittlere Sinkgeschwindigkeit und für die größte Flugstrecke. Nach ihm kommen Hadnael und Volsch. Martens erhielt den Preis für den ersten Zeitrekord.

## Wilder Streik.

Berlin, 26. Aug. Die Belegschaft des Homburger Kraftwerks hatte gestern mittag in einem einstündigen Ultimatum sofortige Lohn-erhöhungen verlangt. Da in dieser Zeit die Forderung nicht erledigt werden konnte, verließen die Arbeiter den Betrieb, sodaß die Pflanz 2 Uhr ohne elektrischen Strom ist.

## Schweres Grubenunglück.

Dortmund, 25. Aug. Heute nacht brach in der Schachtanlage Vereinigte Welsheim ein Brand aus. Bei dem Versuch, in den Schacht einzudringen, sind 6 Grubenbeamte und ein Bauer erstickt. Der Betriebsführer, der sich ebenfalls an den Rettungsarbeiten beteiligte, schwab in Lebensgefahr. Ferner haben sich bei den Löscharbeiten noch zwei Beamte schwere Gasvergiftungen zugezogen. Weitere Vergleute sind nicht gefährdet.

## Sturm in der Nordsee.

Cuxhaven, 25. Aug. Der deutsche Dampfer „Cuxhaven" ist mit schwerem Sturmwind eingelaufen. Die Kommando-Brücke ist mit dem Kapitän in der Nordsee über Bord gegangen. In Helgoland hat der Sturm das Bollwerk am Nordstrand teilweise zertrümmert und fortgespült.

## Friedensvertrag und deutsche Katholiken.

Von Dr. Herschel, M. D. R.

Von allen Konfessionen in Deutschland haben am meisten die Katholiken unter dem Friedensvertrage von Versailles und unter dem Genfer Diktate gelitten. Das liegt daran, daß gerade sie die Grenz-Länder bewohnen, die im Westen und Osten vom Reich ganz abgerissen oder doch stark verstimmt worden sind. Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmédy, Westpreußen, Polen, das Baltische Land, die Umgegend von Reichthal, namentlich aber Ost-Oberschlesien sind ganz überwiegend katholisch. Wie von den Ländern Preußen am stärksten durch den Frieden geschädigt wurde, so unter den Bekenntnissen der Katholizismus im Reich.

Wisser wußte man nur, daß er von einem starken Drittel der Gesamtbevölkerung auf ein schwaches solches herabgedrückt worden war, ohne indessen die genauen Zahlen zu benennen. Eine ins Einzelne gehende Verlustliste bringt jetzt das sechste im 10. Bande erschienene „Katholische Handbuch für das katholische Deutschland" von H. A. Krope (Herder u. Co., Freiburg i. Br.). Es zeigt, was das deutsche Vaterland und der Katholizismus alles zu beklagen haben, nachdem nunmehr die Endzahlen infolge der durchgeführten Abschneidung Ost-Oberschlesiens feststehen.

Sie sind freilich nicht absolut, sondern nur relativ zu werten, weil sie nur auf Grund der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1910

zusammengestellt werden konnten. Andere Unterlagen fehlen. Immerhin ist das Verhältnis und damit das Maßgebende richtig wiedergegeben.

Im ganzen zählte Deutschland 1910 an katholischen Bewohnern 23 821 453. Heute hätte es nach jener Zählung nur noch 19 325 500. Der Verlust beträgt also 4 495 953 Seelen. Vor dem Kriege waren die Katholiken 37 v. H. der Gesamtbevölkerung, heute nur noch kaum 33 v. H. und, wenn man gar das Saargebiet abrechnet, nur noch knapp 32,5 v. H. davon.

Ungünstiger noch liegen die Dinge in Preußen. Der evangelische Volksanteil hat dort nur 5,1 v. H. seines Bestandes in der Vorkriegszeit verloren, der katholische aber 20,6 v. H.!

Sehr wesentlich ist dafür die eben vollzogene Abtreibung von Ost-Oberschlesien. Damit kamen nämlich nicht weniger als 826 904 Katholiken an Polen, aber nur 55 639 Evangelische, von denen wieder 45 604 deutschsprechend waren.

Im ganzen hat Preußen durch den sogenannten Friedensvertrag und seine Nachwirkungen 4 597 567 Einwohner — nach dem Stande von 1910 — eingebüßt. Die Angehörigen der katholischen Konfession verringerten sich dort von 14 581 892 auf 11 514 219 Seelen. Das sind 32,37 v. H. der verminderten Gesamtbevölkerung. Dabei ist die Saar als Bestandteil Preußens natürlich mitgerechnet. Sie gehört ja auch staatlich dazu und zu Bayern.

Zieht man sie aber von Deutschland auch noch ab, weil sie französisch verwaltet wird, so ergibt sich für das Reich unter deutscher Verwaltung nach dem Stande von 1910 eine Bevölkerungszahl von im ganzen 57 801 594, von denen 18 859 187 katholisch sind, also, wie oben gesagt, nur etwa 32,5 Prozent.

Allerdings hat der katholische Volksanteil insofern ein einheitlicheres Gepräge erhalten, als das fremdsprachige Element unter der Bevölkerung eingeschränkt ist. Freilich waren viele deutsch gesinnt, auch wenn sie eine andere Muttersprache hatten. So haben bekanntlich Hunderttausende polnisch redender Oberschlesier bei der Volksbefragung vom 20. März 1921 für das Reich gestimmt. Von den 204 262 Französisch-sprechenden in Elsaß-Lothringen mochten weniger die Neigung für Deutschland haben. Immerhin erhält der katholische Volksanteil, der früher stark mit Fremdsprachigen durchsetzt war — in Preußen waren diese ein Viertel der katholischen Bevölkerung —, nun ein viel geschlosseneres deutsches Gepräge. Das nicht rein deutsche Element wird — etwa von West-Oberschlesien abgesehen, wo noch an 500—600 000 Polnisch-sprechende sein mögen — nunmehr im Reich stark zurücktreten.

Deutschsprachige Protestanten wurden in allen abgetretenen Gebieten Preußens nur 550 408 gezählt. Sie sind also erheblich besser beim Friedensschlusse fortgekommen wie ihre katholischen Volksgenossen. Alles in allem genommen, sind diese die Hauptleidtragenden des Weltkrieges und seines traurigen Ausgangs in Deutschland.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 28. August 1922.

### Württ. Volkstheater.

Vor gut besuchtem Hause ging gestern das Militärschauspiel „Krone und Fessel" über die Bretter und erzielte großen Beifall. Sehr schön waren die Ausstattung und die Uniformen, was allgemein auffiel. — Am Dienstag wird „Glaube und Heimat" von Schönherr gegeben, die Tragödie eines Volkes in 3 Akten, welche mit dem Schillerpreis gekrönt wurde und an allen Bühnen mit großem Beifall aufgenommen wurde. Frau Brosch und Herr Wagner haben dieses packende Werk zu ihrem Ehrenabend gewählt. Möge ihnen ein volles Haus zuteil werden.

### Maßnahmen zur Eindämmung der sprunghaften Fleischpreissteigerung.

Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Am 23. August sprachen beim Ernährungsministerium Vertreter der Stadt Stuttgart und des Viehhandels vor, die Maßnahmen zur Eindämmung der sprunghaften Steigerung der Fleischpreise forderten. In erster Linie wurde das Verlangen nach Beschränkung der Ausfuhr aus Württemberg gestellt. Bei der bisherigen Haltung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft erschien ein Vorgehen in dieser Richtung umsonstiger Selbstverschwendung, als einerseits die Stadtverwaltung eine Mitverantwortung für die etwaigen Folgen eines selbständigen Vorgehens Württembergs ablehnte, andererseits die Durchführung einer selbständigen Maßnahme ohne Mitwirkung der reichseigenen Bahnverwaltung unmöglich ist. Dagegen wurde betont, daß der württ. Viehhandel selbst es in der Hand hat, den übermäßigen Abfluß von Vieh aus Württemberg zu verhindern, wenn die Viehhändler durch Abmachungen in ihren Verbänden übereinkommen, Vieh an auswärtige Händler und Stellen nicht oder nur unter Beschränkung abzugeben. Behördliche Unterstützung würde den Viehhändlern dabei nicht fehlen. Der Vertreter des Viehhandels versprach, in seinen Kreisen ein solches Vorgehen zur Erörterung zu stellen. Es ist zu hoffen, daß die große Mehrheit des Viehhändlerverbandes im Hinblick auf die Not der Verbraucher diesen Weg zu gehen bereit ist.

### Die Erhöhung der Ausfuhrabgabe.

Die Erhöhung der Ausfuhrabgabe tritt voraussichtlich schon am 1. September in Kraft. Ausfuhranträge, die vor dem 1. September an eine Außenhandelsstellung abgehandelt werden, können noch zu den bisherigen Abgabebefähigungen bewilligt werden. Für Ausfuhranträge, die erst später abgehandelt werden, wird die Regierung die Anwendung der bisherigen Abgabebefähigung nur dann zugestehen, wenn die Geschäfte vor dem 18. August abgeschlossen worden sind. Die neuen Abgabebefähigungen werden in den nächsten Tagen durch den Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht.

### Falsche 500 Mark-Scheine im Umlauf.

Von den neuen Reichsbanknoten zu 500 Mark der Ausgabe vom 7. Juli 1922 sind am 24. und 25. August in Stuttgart bereits mehrere Falschstücke aufgetaucht. Die gefälschten Scheine sind leicht zu erkennen. Es handelt sich um gewöhnliche Lichtpausen der echten Scheine. Das verwendete Papier ist rauher und weicher, als das der echten Scheine, das sich glatt und fest anfühlt. Während auf den echten Noten die linke Hälfte der Rückseite einen ganz weißen Grund

zeigt, weist dieser auf dem Falschschein eine helle, rötlich-bläuliche Tönung auf. Der Druck kommt durchweg, besonders bei den Strafbestimmungen am Rand und bei den Unterschriften des Reichsbankdirektoriums unscharf und verschwommen heraus. Das Wasserzeichen im rechten Rand (500 M.) fehlt entweder vollständig oder ist plump nachgeahmt. Die Nummer wurde mit der Hand aufgezichnet. — Den Geschäftsleuten und Inhabern kleinerer Ladengeschäfte wird empfohlen, an den Kassen zur Vergleichung einen echten Schein bereit zu halten und Einlieferer falscher Noten zur weiteren Nachprüfung der Angelegenheit der Polizei zuzuführen.

## Württ. Landesverein vom Roten Kreuz.

Der Jahresbericht des Württ. Landesvereins vom Roten Kreuz für das 58. Geschäftsjahr 1921/22 (1. April bis 31. März) verzeichnet mit Genehmigung, daß der Verein sich zum erstenmal wieder lediglich Friedensaufgaben zu widmen hatte. Der langjährige erste Vorsitzende des Verwaltungsrats, Präsident Dr. v. Geher, wurde bei seinem Ausscheiden zum Ehrenpräsidenten ernannt. Gräfin Olga von Ullrich-Gyllenband, langjähriges Mitglied des Verwaltungsrates, zum Ehrenmitglied. An die Stelle Geher's trat Staatsrat Dr. Hegelmaier. Der Bericht verzeichnet sodann im einzelnen die Leistungen des Vereins für das Oberschlesien-Hilfswerk, ferner für Oppau, für die hungernden Deutschen in Rußland, für die studierende Jugend in Stuttgart, Tübingen und Hohenheim, für Angehörige des Mittelstandes sowie bedürftige ehemalige Kriegsgefangene usw. Die durch die Zeitverhältnisse verursachte schwierige ökonomische Lage des Landesvereins wurde durch Aufstellung einer Finanzkommission wieder beseitigt. Das württ. freiwillige Sanitätskorps besteht aus 46 Kolonnen und 6 selbständigen Abteilungen mit insgesamt 1787 Aktiven und 312 passiven Mitgliedern. Diese haben ausgeführt Hilfeleistungen in 11 613 Fällen, Krankentransporte in 4245, Desinfektionen in 1593, Krankenpflegerdienste in 411, Sanitätsdienste bei öffentlichen Veranstaltungen in 740 Fällen. Von den Krankenträgern der Stuttgarter Transportabteilung wurden im ganzen 30 763 Kilometer zurückgelegt. An der Krankenpflegerinnenschule in Tübingen wurden 39 Schülerinnen gründlich ausgebildet. Das durch die opfermühtige Reise von Frau Frida Luise Koenighaus-Freudenstadt nach Südamerika ins Leben gerufene Kinderheim soll vorläufig im Schwesterheim zu Bollnang untergebracht werden, bis es möglich ist, ein größeres Kinderheim zu erwerben.

## Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Von Westen ist Hochdruck vorgedrungen, an dessen Dauerhaftigkeit freilich zunächst gezweifelt werden muß. Immerhin ist am Dienstag und Mittwoch trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

## Einweihung des Kurhauses in Bad Liebenzell.

\* Liebenzell, 28. Aug. Unser lieblich gelegener Badeort war gestern der Anziehungspunkt Tausender von Besuchern namentlich aus der näheren und weiteren Umgebung — von Calw bis Pforzheim — aber auch aus dem ganzen Lande waren Freunde und alte Bekannte des schönen Erholungsplatzes gekommen, um dem Fest der Einweihung des neu erbauten Kur- und Konversationshauses beizuwohnen. Die Veranstaltung war vom prächtigsten Wetter begünstigt, sodaß die Abwicklung des reichhaltigen Festprogramms ohne Aenderungen oder Störungen vor sich ging. Vormittags spielte die Calwer Musikkapelle in den Kuranlagen, nachmittags war ein großes Sommerfest, das sich in der Hauptsache in der Umgebung des Kurhauses abspielte. Ein großes, buntes Treiben gab der Veranstaltung einen richtigen Volksfestcharakter. Ein umfangreicher Wirtschaftsbetrieb im Freien, Wein- und Café-Restaurants im Kurpaal sorgten für das leibliche Wohl der immer größer werdenden Zahl von Besuchern, Belustigungen aller Art erhöhten die Feststimmung. In der Nähe des Kurhauses erfreute die verstärkte Pforzheimer Feuerwehrtrope die Zuhörer mit ihren einschmeichelnden Weisen. Ein Pferdetrennspiel gab Gelegenheit, das Glück bzw. Pech herauszufordern, Eingeweihte aber sagten, es komme schließlich auf die Geschicklichkeit an. Den „Clou" der Nachmittagsveranstaltung bildete eine Schönheitskonkurrenz, und zwar waren Preise ausgesetzt für die hübschesten und nettesten Damen und die liebenswürdigsten Herren. Man muß sagen, wenn auch hier und dort das „Gold" bei der Entscheidung etwas mitgesprochen hat, die Preisgekrönten waren der Ehre würdig, und daß sich die Herren an dem Tage von ihrer liebenswürdigsten Seite zeigten, war durchaus verständlich. Abends war großes Festbankett. Im Mittelpunkt der gelungenen Veranstaltung stand die Festrede von Stadtschultheiß Maulen, der in formvollendeten Ausführungen einen hochinteressanten geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung des Bades- und Kurorts Liebenzell und schließlich der Frage des Kurhausbaus gab. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen, stürmische Zustimmung fand aber auch seine Protesterklärung gegen die unerhörte Gewaltpolitik der Franzosen, die den endgültigen Zusammenbruch unseres Volkes herbeiführen will. Angesichts der drohenden Hungersnot und der Gefahr eines daraus etwa entstehenden Bürgerkrieges, dem der Feind draußen mit hoher Befriedigung entgegenstehe, ermahnte der Redner zur Einigung des gesamten deutschen Volkes, die unsere einzige Rettung bilde. Das auf diesen nationalen Appell angestimmte Deutschlandlied wurde mit herrlicher Begeisterung gesungen. (Die inhaltreiche Rede des Herrn Stadtschultheiß werden wir nachtragen.) Die Veranstaltung wurde in schönster Weise ausgefüllt durch die prächtigen Vorträge der Pforzheimer Kapelle und gemüthvolle Chöre des „Liederkreis" Liebenzell, unter der sicheren Leitung seines rührigen Dirigenten, Hauptlehrer Froemer-Calw. Ein Tänzchen beschloß den harmonisch verlaufenen Abend. Für die vielen Besucher, die trotz rationeller Einteilung des Raums an dem Bankett nicht teilnehmen konnten, findet heute ein Bürgerabend statt. Die einladenden Räume des Kurhauses stehen in der Festwoche allen Besuchern zur Verfügung. Die seitherigen Veranstaltungen haben sowohl die Notwendigkeit wie die Zweckmäßigkeit des Kurhauses erwiesen, der Saal nimmt eine staatliche Anzahl von Menschen auf, die Musik ist vorzüglich, was der morgige Chor- und Solistenabend noch besonders zeigen soll. — Das Ergebnis der Schönheitskonkurrenz werden wir morgen veröffentlichen.

**Justizminister Holz zur Lage.**

(S.C.B.) Wefersteden, 24. Aug. Am vergangenen Sonntag sprach Justizminister Holz vor einer zahlreichen Zuhörerschaft über innen- und auferpolitische Fragen. Er behandelte, wie das Deutsche Volksblatt berichtet, zunächst die Wirtschaftspolitik, näherhin die Getreideumlage und die Teuerung. Unsere Volkswirtschaft soll und muß wieder nach der langen Unterbrechung der Kriegsjahre in den Zusammenhang mit der Weltwirtschaft hineinwachsen und am freien Warenaustausch teilnehmen. Das kann aber nur langsam und unter schweren Krisen für Landwirtschaft, Industrie und Handel vor sich gehen; denn die Wirtschaft der ganzen Welt ist in Unordnung, bei uns Beschäftigung und Not, in anderen Ländern Arbeitslosigkeit und Warenüberfluß, in Rußland Hungertod von Tausenden, in Südamerika wird Frucht verheizt. Das ist der Widerstand der ganzen Weltwirtschaft, das sind aber die schwersten Anklagen gegen die Weltwirtschaft, daß sie ruhig zusehen, wie auf der einen Seite Güter verderben, auf der anderen Angezählte Hungers sterben. Unter diesem wirtschaftlichen Gesichtspunkt betrachtet, kann nur die freie Wirtschaft das Ziel der Politik sein und ist jede Zwangswirtschaft zu verwerfen, das habe das Zentrum aus innen- und auferpolitischen Gründen zur Wahrung des inneren Friedens und im Interesse des Bauernstandes selbst für die Getreideumlage gestimmt, Umlagehöhe und Preisbildung zu mildern gesucht. Was die Teuerung betrifft, so muß den Konsumenten gegenüber gesagt werden, daß mit Zwangswirtschaft und Höchstpreisen die Entwicklung nicht gehalten werden kann, vielmehr die Angleichung an die Geldverhältnisse der übrigen Völker naturgemäß erfolgen muß. Auch die Finanzwirtschaft ist abhängig von der Weltwirtschaft, von den auferpolitischen Ereignissen. Die Ordnung unserer Finanzen ist unmöglich, solange die Leistungen aus dem Friedensvertrag bestehen; sie treiben uns in den Ruin hinein. Im zweiten Teil behandelte der Minister die einzelnen Parteien und deren Stellung zu den Aufgaben der Innen- und Auferpolitik. Die Zentrumspartei werde viel kritisiert von links und

rechts, bloß um ihre Arbeit schlecht zu machen und ihr Wähler abzutreiben; aber sie gehe unbekümmert den Weg ihrer Pflicht und Verantwortung für das Volksganze und könne ruhig Rechenschaft ablegen vor ihren Wählern. Der einzelne müsse für den Staat arbeiten und Opfergeist zeigen; denn es könne dem einzelnen nicht gut gehen, wenn es dem Staat schlecht gehe. Das Unglück soll unser Volk groß machen; eine Führerrolle soll es bekommen, nicht mit dem Schwert und mit der Kanone, sondern mit dem Geist und mit der Wirtschaft. Das Wohl der Gesamtheit sei unser eigenes Wohl. Von diesem Geist sei die Zentrumspartei erfüllt, ohne Rücksicht darauf, daß der einzelne von ihr abfällt.

**Neue Wasserkraft für Württemberg.**

(S.C.B.) Vom Bodensee, 25. Aug. Nach 14jährigen Verhandlungen ist es gelungen, ein Vertragsangebot des Bezirksverbandes Oberschwäbischer Elektrizitätswerke über die Beteiligung an großen Voralberger Wasserkraften im Landtag von Voralberg durchzubringen. Württemberg erhält ferner ein Drittel der Wasserkraft vom Sänersee, der oberen Ill usw. Ferner sind beteiligt das Land Voralberg und die Bündner Kraftwerke in Chur.

(S.C.B.) Stuttgart, 24. Aug. Der Württ. Landesverein vom Roten Kreuz teilt mit, daß nach neuester Nachricht aus dem Banat alle dort befindlichen Kinder sich besser befinden und glänzender Bepflegung erfreuen.

(S.C.B.) Stuttgart, 24. Aug. Beim Stenographentag der Schule Stofze-Schrey in Eisenach wurde Fabrikdirektor Nördlinger in Ludwigsburg in Anerkennung seiner 45jährigen unermüdeten Tätigkeit auf dem Gebiete der Stenographie zum Ehrenmitglied des Verbandes ernannt. Beim Jubiläumswettbewerb erhielt Willy Wittlinger-Göppingen für 360 Silben einen Preis mit Ehrengabe.

(S.C.B.) Stuttgart, 27. Aug. Die sich ständig vergrößernde Not der Presse veranlaßt den „Schwäbischen Merkur“, vom 1. September ds. Js. ab nur noch in einer einmaligen

Tagesausgabe zu erscheinen. Seit 1889 ist der Schwäb. Merkur täglich zweimal erschienen.

(S.C.B.) Heidenheim, 27. Aug. Der Gemeinderat hat den Grundsatz aufgestellt, daß für die im Herbst zur Neuverpachtung kommenden städtischen Grundstücke die Angebote nicht in Geld, sondern in Weizen abzugeben sind.

(S.C.B.) Brenz a. Br., 27. Aug. Aus ganz geringfügiger Ursache wurde der Betriebsleiter Renner vom Elektrizitätswerk Bachingen von einem jungen Menschen mit einem Gewehrkolben auf den Kopf geschlagen. Er ist an den Folgen des Schlags gestorben.

(S.C.B.) Ulm, 24. Aug. Bei dem Leichenfund unterhalb der Adlerbastei handelt es sich um den Bäcker Albrecht aus Cannstatt, der sich in der Absicht, in die Donau zu springen, von der Adlerbastei herabstürzte. Er unterschätzte aber die Entfernung des Wassers von der Mauer und fiel auf den Gehsteig, wo er mit zertrümmertem Schädel tot aufgefunden wurde. Ein bei ihm vorgefundener Brief bekundete die Absicht des Selbstmordes.

(S.C.B.) Dettlingen, 24. Aug. Das Anwesen des Landwirts Franz Maier, Haus und Scheuer, wurde durch einen Blitzschlag eingestürzt. Das anstoßende Gebäude von Keppler wurde stark beschädigt.

(S.C.B.) Friedrichshafen, 24. Aug. Sonntag früh gegen 4 Uhr hörte der Bankangestellte Sch. von der Höhe des Schloßhafens Rufe, die wie Hilferufe klangen. Es war noch dunkel und da nach längerer Beobachtung alles ruhig blieb, glaubte er, sich täuscht zu haben. Aber auf dem Rückweg zu seiner Wohnung bemerkte er H. Seebald ein mit drei Personen, darunter eine Dame, besetztes gefentertes Segelboot, dessen Insassen sich in Seenot befanden. Er machte sofort einen Rachen los und brachte die Berunglückten, von denen einer so ermattet war, daß er den Kampf mit den Wellen wohl nicht mehr lange ausgehalten hätte, in Sicherheit. Starter Wind hatte das kleine Boot zum Kentern gebracht.

Für die Schellleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der A. Velschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

**Freie Bäckerinnung Calw und Umgebung.**

Die Innung ist infolge der ungeheuer gestiegenen Mehlpresse genötigt,

**ab Dienstag, den 29. August**

die Preise wie folgt festzusetzen:

- 1 Paar Wecken Mk. 6.—
  - 1 Laugenweck, Laugenbretzel, Tafelbrot „ 3.—
  - 1 weißes Laible „ 30.—
  - 1 Kg. markenfreies Schwarzbrot „ 65.—
- Der Ausschuß.

**Mein Geschäft und Laden**  
 halte ich vom 28. August  
 bis 6. September  
**geschlossen.**  
 Süddeutsche Del und Fettwaren-  
 Industrie Calw - Wilhelm Haaf.

**Trockener Lagerraum gesucht.**

Näheres im Kontor dieses Blattes.  
**Möttingen** Oberamts Calw  
 Stat. Althengstett.  
 Wegen Wegzug verkaufe ich am Mittwoch, den 30. August, nachmittags von 1 1/2 Uhr im Pfarrhaus dorten gegen Barzahlung:  
 1 Tafelklavier gut im Ton, 2 Bücherkasten, einen mit Lüre, 1 Blumenständer, 1 runden eingelekten Tisch, 1 Klappstuhl, 2 Putze, einen mit Fach, 1 Zinkbadewanne mit Kupferofen, 1 Sigbadewanne, 1 Duschapparat, 1 Tonofen zu Holz und Kohlen, 1 größere Beerenpresse, Fässer im Gehalt von 347, 240, 200, 80 und 40 Liter, 2 große Oleander rot blühend, 1 Partie Weinflaschen, sowie Sonstiges.  
 Liebhaber sind eingeladen.  
 Stadtkonzipienter Kolb, Calw.

**Auffallen**

muß eine Anzeige,  
damit die Aufmerksamkeit auf  
sie gezogen wird!

**Böblingen.**  
 Ab Mittwoch früh ist wieder ein  
 frisch.groß.Transport  
  
**Oberländer  
 Kalbinnen,  
 Kühe, Stiere und Jungvieh**  
 bei uns eingetroffen.  
 Dazu laden Kauf- und Tauschliebhaber freundlichst ein  
**Siegmond Rahn, Julius Wolf.**  
 Feinstreicher Nr. 7.

Einem noch gut erhaltenen  
**Oval-Dien**  
 mit Vorherd  
 hat zu verkaufen  
 Paul Frohnmeyer,  
 Althengstett.

**Hühnerstall**  
 zu verkaufen.  
 Alte Postgasse 134.

Nach Dillweihenstett  
 wird eine  
**Kontoristin**  
 statt in allen Kontorarbeiten  
 sow. Stenographie u. Schreib-  
 maschine zu alsbaldig. Ein-  
 tritt gesucht. Bewerbungen  
 mit Angabe der Fähigkeiten  
 mögl. mit Bild unt. Schließ-  
 fach 163 Hauptpost Pforzheim

**Chaiselongue  
 und Divan**  
 (beides neu)  
 zu verkaufen  
 Bolle, Sattlerei,  
 Althengstett.

**Fahrpläne**  
 für den Bezirk Calw  
 sind in der Geschäfts-  
 stelle dieses Blattes  
 das Stück zu 1 Mark  
 erhältlich.

**Volkstheater.**  
 Dienstag, den 29. August  
 Ehrenabend für Fr. Maria Proschnak  
 und Herrn R. Wagner  
 Mit dem Schillerpreis gekrönt  
**Glaube u. Heimat**  
 Die Tragödie eines Volkes in 3 Akten  
 von Carl Schönherr.

Ottenbronn, den 28. August 1922.  
**Todes-Anzeige.**



Verwandten, Freunden und Bekannten  
 die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Mann,  
 unser guter Vater

**Gottlieb Burkhardt**  
 Kaufmann,  
 nach langem Leiden doch unerwartet rasch  
 gestorben ist.

In tiefer Trauer  
 die Gattin **Katharina Burkhardt**  
 mit Kindern.  
 Beerdigung Mittwoch nachmittag 1 Uhr.



**Amerikaner**  
 können ihre Rückfahrkarten jederzeit  
 so,ort erhalten bei der Agentur der  
 Hamburg-Amerika-Linie  
**in Calw Buchhandlg. Olpp**  
 (Marktplatz).  
 Kostenlose Beratung für Reisen nach  
 allen Plätzen in Uebersee, Fahrkarten  
 vorrätig.

**Ständiges Inserieren bringt Erfolg**

Nr. 200.  
 Die Reparationsfor...  
 Regierung zur...  
 Sichtung ergeben...  
 Formulierung im...  
 Friedensvertrag...  
 gendwelseche Stell...  
 nicht möglich. D...  
 Standpunkt am 2...  
 Wie der englische...  
 Berliner Verhand...  
 mitgeteilt haben...  
 haben, eine vollst...  
 eine Ueberwachun...  
 Stabilisierung de...  
 daß diese Kontro...  
 rikanischen Finan...  
 auf seinen Fall...  
 Presse meldet, d...  
 scheinlich sein.  
 Natürlich wird jeh...  
 gearbeitet, um...  
 reich gegen Deut...  
 land zum Nachg...  
 schafterkonferenz...  
 digt enfreage...  
 cher Kritik an...  
 übt wird, und...  
 Von deutscher...  
 wicjen, auf Gru...  
 erklärt habe, de...  
 Sicherheit den a...  
 Den Grund zu g...  
 Die...  
 Leipzig, 28. Au...  
 amt im Einverneh...  
 eine Konferenz über...  
 Anwesenheit zahlre...  
 treter des Wirtschaft...  
 den eröffnete gester...  
 Igt, die Konferenz...  
 durch ein Zusammen...  
 Kräfte Europa aus...  
 germaßen normale...  
 Der Leiter der Itt...  
 sprach über das W...  
 nach einem Ausspr...  
 schen sei. Auch sei...  
 nünftiger, gesunder...  
 wieder in normale...  
 schloß sich ein Früh...  
 tigten die Teilnehm...  
 Der Sonntag W...  
 Abendessen in der...  
 größte als Vorsitz...  
 Namen der Stadt...  
 aus seiner gerabez...  
 men solle, müsse ihn...  
 werden und zum B...  
 weit das deutsche...  
 Messe zeuge von de...  
 Intelligenz des deu...  
 Deutschland das lei...  
 mehr zumute und...  
 schreite, werde es zu...  
 an die ausländisch...  
 welche in aller Welt...  
 gen, daß die Wahrh...  
 wieder zum Siege...  
 der deutschen Pres...  
 auf der Messe lämer...  
 wirtschaftlichen Im...  
 Not aber werde an...  
 körpert. Die Presse...  
 Körpers bezeichnet w...  
 schaft und bilde ger...  
 Presse drohe aber zu